

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

79 (20.3.1900)

Beilage zu Nr. 79 der Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. März 1900.

Badischer Landtag.

46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Samstag, den 17. März 1900.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Eisenlohr, Geh. Oberregierungsrath Heil, Ministerialrath Dr. Glockner, Straub, Dr. Schluffer, Oberamtmann Dr. Niefer.

Präsident Gönnert eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung. Eingegangen ist eine Vorlage des Finanzministeriums betreffend Verlängerung der Steuererhebung für den Monat April.

Die allgemeine Beratung über das Budget des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Fieser hätte das Wort nicht mehr ergriffen, wenn ihn nicht die Angriffe des Abg. Wacker veranlaßt hätten. Zunächst möchte er seiner Freude über die Erklärung des Herrn Ministers Ausdruck geben, daß er eine Erhebung über die Polizeistrafen eingeleitet habe. Mit Recht werde über die zahlreichen Polizeistrafen wegen geringfügiger Uebertretungen geklagt; ja es wurde sogar schon da und dort der Wahlausfall mit den vielen Polizeistrafen in Zusammenhang gebracht. In zahlreichen Fällen könnte man es bei Verwarnungen bewenden lassen, namentlich bei Ortsbereisungen könnten die Bezirksvorstände in dieser Weise vorgehen, ehe strafend eingeschritten wird. Die Gemeindeumlagen verdienen namentlich bei ärmeren Gemeinden die erste Sorge der Regierung. Hinsichtlich der Schulhaus-Strassen-Brückenbauten u. s. w. könnte noch mehr gesehen; gerade aus diesem Grunde habe er die Erhöhung der Kreisdotationen beantragt. Die Schulden der großen Städte sind angesichts der kolossalen Leistungen der Städte vollauf gerechtfertigt; auch sei zu bedenken, daß viele städtischen Unternehmungen eine erhebliche Rente abwerfen. Die Anstalt Flehingen verdiene mehr als bisher die Unterstützung des Staates; er würde die Aufhebung derselben bedauern. Das Aufsichtspersonal scheine ihm nicht hinreichend zu sein. Daß die jüngeren Burschen hin und wieder mit Prügeln bedacht werden, sei vollkommen in der Ordnung; dagegen sollte man bei älteren Personen von der Prügelstrafe absehen, weil sie einerseits nichts hilft und das Ehrgefühl erstickt, andererseits den modernen Begriffen von Humanität widerspricht. Im Gegensatz zum Mittelalter achte man heute selbst im Verbrecher den Menschen. Er könne nicht begreifen, daß der Abg. Wacker für die Prügelstrafe zum Zweck der Abschreckung eintrete. Redner wandte sich hierauf gegen die Ausführungen des Abg. Wacker, der ihm mit pastoraler Salbung Anstandsregeln gegeben habe. Er müsse es ablehnen, sich von einem Manne Anstandslehren erteilen zu lassen, der vor kurzem in Offenburg erklärte, in schlechtere, als nationalliberale Hände könne ein Landtagsmandat überhaupt nicht kommen. Eigentümlich berühre es, wenn der Abg. Wacker von Provokation oder von der Dauer einer Rede spreche. Gehören doch seine Kilometerartikel im „Badischen Beobachter“, in denen die Gegner fortwährend auf's schärfste provoziert werden, schon längst zum Schrecken aller Politiker, so daß sie kein Mensch mehr liebt. Wenn er auch zugebe, daß der Abg. Wacker über die badische Geschichte seit den 60er Jahren gut informiert sei, so müsse er andererseits betonen, daß er sich mit der Geschichte der Jahre 1848 und 1849 noch wenig beschäftigt hat, sonst hätte er nicht sagen können, daß man die beiden Jahre von einander nicht trennen dürfe. Sowohl er (Redner) als der Herr Minister haben ausgeführt, daß die große nationale Bewegung des Jahres 1848 mit dem einseitigen Hederzug von 1819 nichts gemein habe. Wenn er vom „Frankfurter Parlament“ als von einer Versammlung von Schwärmern gesprochen habe, so berufe er sich auf Johannes Scherr, der sich ähnlich ausgesprochen habe. Es war ein Verbrechen, in einem Staat, der die Reichsverfassung anerkannt und ein liberales Ministerium hatte, zu den Waffen zu greifen. Alle kaiserlichen Existenzen aus ganz Europa strömten 1849 in Baden zusammen; er erinnere nur an Strube und seine Schwefelbände, die in Karlsruhe ihren kommunistischen Schwundel durchführen wollten, aber von der Karlsruher Bürgerschaft aus der Stadt vertrieben wurden, eine That, die ein ewiger Ruhmestitel in der Geschichte Karlsruhes bleiben werde. Von dem, was er über das Jahr 1849 gesagt habe, nehme er kein Wort zurück, und wenn der Abg. Wacker sagte, daß er (Redner) die Vorgänge und Männer des Jahres 1849 anders beurtheilt hätte, wenn die Bewegung Erfolg gehabt hätte, so sei das eine jener Verdächtigungen und Verleumdungen, die der Abg. Wacker wiederholt in diesem Hause vorgebracht habe. Er wisse wohl, daß ihn der Präsident zur

Ordnung rufen werde, aber die Wahrheit verlange es, zu sagen, daß der Abg. Wacker dies nicht im guten Glauben gesagt, sondern als wissentliche Verleumdungen ausgesprochen habe.

Präsident Gönnert: Ich kann diese Aeußerung des Abg. Fieser nicht zulassen. Es war dazu um so weniger Anlaß, als ich die Ausführungen des Abg. Wacker nicht zugelassen habe. Ich muß sie deshalb rügen.

Abg. Dr. Wildens: Wenn auch in politischen Beziehungen einige Diffonanzen sich gezeigt haben, so sei doch von allen Seiten die Thätigkeit des Herrn Ministers des Innern gerühmt worden. Was die Sozialdemokraten vorgebracht haben, könne kaum in's Gewicht fallen, da ja der Herr Minister nicht für die Verfehlungen einzelner Beamten verantwortlich gemacht werden könne. Er habe sich gefreut, daß der Herr Minister sich gegen die vielen Polizeistrafen ausgesprochen habe. Voraussetzung für eine richtige Handhabung der Straßenpolizei sei die Verwendung von nicht zu jungen Beamten. Er möchte darum größere Stabilität in der Besetzung der Polizeiamtmanntstellen befürworten. Anscheinend mangle es auch an geeigneten Kräften, was wiederum mit den wenig verlockenden Avancementsverhältnissen in der Verwaltungskarriere zusammenhänge. Er möchte daher anregen, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Amtsvorständen der größeren Amtsbezirke den Ministerialrathsrang zu verleihen. Nach seiner Ansicht sei die Regierung zum Verbot der Revolutionsfeiern vollauf berechtigt. Gegenüber dem Abg. Jung bemerke er, daß die Schulden der größeren Städte zu keinen Bedenken Anlaß geben. Den 77 Millionen Schulden stehe ein Vermögen von 86 Millionen gegenüber, wobei noch zu bedenken sei, daß die Vermögen sehr niedrig eingeschätzt sind. Vor allem aber komme in Betracht, daß das Steuerkapital rapid gewachsen ist. Das Steuerkapital der Städte der Städteordnung, das 1889 noch 1 Milliarde Mark betrug, ist im Jahre 1898 auf 1 1/2 Milliarden gestiegen.

Abg. Köhler wünscht, daß bis zur Abänderung der Bauordnung eine mildere Praxis in verschiedener Richtung gehandhabt wird, insbesondere sollte man dem Bauen keine unnötigen Schwierigkeiten bereiten; sehr häufig bleiben auch die Pläne zu lange liegen.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Die Handhabung der Baupolizei sei sehr schwierig, weil das Publikum sich in der Regel nicht viel um die Vorschriften kümmert, um so mehr aber klagt, wenn einmal ein Mißstand sich zeigt. Im allgemeinen beruhe unsere Bauordnung auf sehr liberalen Grundsätzen. Nur bei wichtigen Bauten sei eine besondere Erlaubnis notwendig, im übrigen genüge die Anzeige des Bauvorhabens. Auf gewisse Neuerungen in der Praxis werde man selbstverständlich bei der Revision der Bauordnung Rücksicht nehmen. Was die Gemeindefschulden betreffe, so suchen die Gemeinden die Tilgungsfristen möglichst hinauszuziehen, während die Regierung bemüht ist, bestimmte Fristen einzuhalten. In anderen Ländern, namentlich in Preußen, seien die Bedingungen weit schwieriger als in Baden. Er würde es begrüßen, wenn einmal ein Normalstatut für Tilgungsfristen aufgestellt würde. Das sei aber sehr erschwert, wenn die Anlagen nicht für bestimmte Zwecke ausgenommen werden. Getreut habe er ihn, daß Herr Wildens für eine Besserstellung der Verwaltungsbeamten eingetreten sei. Auch ihm sei ein häufiger Wechsel der Verwaltungsbeamten nicht erwünscht, aber man könne doch auf die Dauer einen Polizeiamtmannt nicht auf seiner Stelle belassen, da ja jeder Beamte bestrebt ist, weiter zu kommen. Im übrigen möchte er betonen, daß den Amtsvorständen auch die Oberaufsicht über die Polizeisachen zusteht. Die Anstalt in Flehingen sei unentbehrlich; die Regierung erwäge seit längerem, ob in der Leitung derselben Verbesserungen möglich sind.

Abg. Dieterle tritt für größere Unterstützung von armen Schwarzwaldgemeinden, speziell von St. Märgen und St. Peter ein, wo infolge des großen Brandes ein neues Schulgebäude erstellt werden mußte. In Flehingen könne man die körperliche Züchtigung nicht ganz entbehren. Der Verpflegungsaufwand sei in einzelnen Anstalten exorbitant hoch. Redner befragte die Verwendung von Ordenspersonen für diese Anstalten und empfiehlt die Anstalten Bethania in Heidersheim und Hertheden dem Wohlwollen der Regierung. Er benütze diese Gelegenheit, um diesen beiden Musteranstalten vor dem ganzen Lande sein Lob auszusprechen. Wenn die Anstalt Flehingen verstaatlicht wird, dann sollte sie auf konfessionellen Boden gestellt werden; dann würden die Resultate bessere sein, da die einzelnen Konfessionen sämmtliche ihr zu Gebot stehenden Mittel anwenden könnten, was in den gemischten Anstalten unmöglich sei. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Fieser glaube er konstatieren zu müssen, daß das Centrum, speziell die

Geistlichen, niemals daran dachten, ihr monarchisches Gefühl zu revidieren. Die Reden über die Jahre 1848 und 1849, die übrigens in gar keinem Zusammenhang mit dem Ministerium des Innern stehen, habe er für überflüssig gehalten. Wenn der Abg. Fieser auf die langen Reden des Abg. Wacker hingewiesen habe, so müsse er betonen, daß Herr Wacker angegriffen wurde. Mit dem Vorwurf, daß Herr Wacker wissentlich die Unwahrheit gesagt und seine Gegner verleumdet habe, sei Fieser ganz entschieden zu weit gegangen.

Präsident Gönnert: Die Abschwörungen auf die Jahre 1848/49 waren mir nicht willkommen und nicht sympathisch. Aber die Sache ist begonnen worden mit Angriffen auf die Regierung, weil sie die Mannheimer Gedendfeier verboten hat. Man suchte ein Unrecht der Regierung unter Hinweis auf den Charakter jener Bewegung festzustellen. Ich habe die Redner sprechen lassen, um mir den Vorwurf zu ersparen, daß ich die Redefreiheit beschränkte.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr bemerkt, daß die Anstalten, von denen der Abg. Dieterle sprach, nicht staatlich sind. Das Ministerium bezeichne nur die Anstalten in welche die Bezirksämter nach ihrem Ermessen die Zwangszügelinge verbringen. Ein Theil derselben sei heute schon konfessionell. Die Leistungen der Anstalt Hertheden anerkenne er gerne. Herr Geißl, Rath Koltsch habe sich durch Schaffung derselben große Verdienste erworben.

Abg. Kampel bittet um einen Beitrag für die Gemeinde Schönau im Odenwald zur Gewinnung eines Arztes.

Abg. Obkircher nimmt für die Anstalt Mosbach dasselbe Lob in Anspruch, welches Abg. Dieterle der Anstalt in Hertheden gespendet hat. Die Gründe, die gegen die Einführung der Orden überhaupt sprechen, seien auch anzuführen gegen die Verwendung von Ordenspersonen in solchen Anstalten. Augenscheinlich soll damit ein Umweg gefunden werden, um die Orden in's Land einzuführen. In den nicht konfessionellen Anstalten werden mindestens ebenso gute Resultate erzielt, als in den konfessionellen. Der finstere Geist, der durch die Orden eingeschleppt würde, passe nicht zur Erziehung solcher armer Wesen. Die allgemeine Beratung ist geschlossen.

Berichterstatter Abg. Laut bedauert in seinem Schlußwort, daß er die Ansicht der Budgetkommission über die Revolution nicht wiedergeben könne, da hierüber nicht gesprochen wurde. Er selbst habe die Revolution nur insofern mitgemacht, als er eine schwarz-roth-goldene Kofarbe getragen habe. Beim Anblick der meuternden, betrunkenen, zuchtlosen Soldaten habe er einen Abscheu vor der Revolution bekommen, der bis heute angehalten habe, weshalb er auch das Verbot der Gedendfeiern für gerechtfertigt finde. Das Züchtigungsrecht sei in den Zwangserziehungsanstalten notwendig, doch sollte man es nicht auf über 16 Jahre alte Burschen ausdehnen. Die Erhöhung des Fabrikinspektionspersonals sei von den Parteifreunden des Herrn Geißl in der Kommission nicht beantragt worden, sonst hätte sich die Kommission mit der Regierung in's Benehmen gesetzt. Bezüglich der Schulden der großen Städte stehe er ganz auf dem Standpunkte des Abg. Dr. Wildens.

Hierauf wurde in die Spezialberatung eingetreten.

Abg. Birkenmayer spricht sich gegen die Errichtung einer Lungenheilstätte in Todtmoos aus, da der Kurort sonst empfindlichen Schaden leiden könnte.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr erklärt, daß die Entscheidung, ob in Todtmoos eine Lungenheilstätte errichtet werden darf, dem Bezirksrath in St. Blasien zustehe, gegen dessen Beschluß die Gemeinde Todtmoos Rekurs ergreifen kann.

Die Sitzung wird hierauf um 12 Uhr abgebrochen.

* Karlsruhe, 19. März. 8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag, den 24. März 1900, Vormittags 10 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Beratung des Berichtes der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, die Zwangserziehung und die Bevormundung durch Beamte der Armenverwaltung betreffend. (Berichterstatter: Geh. Rath Dr. Schenk.)
3. Beratung der Berichte der Petitionskommission a. über die Bitte der Ortsgemeinde Dietlingen, Amts Waldshut, um Ablösung von der Gemeinde Weilheim und Erhebung zu einer selbstständigen Gemeinde (Berichterstatter: Geh. Rath Dr. Schenk.); b. über die Bitte verschiedener Beamten in Rastatt und Bahl, die Neuregelung des Wohnungsgeldtarifs betreffend (Berichterstatter: Frhr. v. Rüd.); c. über die Bitte des Zweiverbands vom Verbands deutscher Müller und des Verbandes badischer Kleinmüller, die Einführung einer gestaffelten Umsatzsteuer für Getreidemöhlen und einer verschiedenartigen Tarifierung für Getreide und Mehl betreffend (Berichterstatter: Kommerzienrath Krafft).

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

und höher! — 4 Meter — porto- und zollfrei zugelandt! Muster zur Auswahl, ebenso von schwarzer, weißer und farbiger „Henneberg- Seide“ für Blousen und Roben, von 75 Pfg. bis Mk. 18.65 p. Met.

— Eigene Fabrik auf deutschem Zollgebiet.

Nur acht, wenn direkt von mir bezogen!

G. Henneberg, Seiden-Fabrikant, Zürich.

Abnigl. und Kaiserl. Hoflieferant.

Seiden-Blousen Mk. 3.90

und höher! — 4 Meter — porto- und zollfrei zugelandt! Muster zur Auswahl, ebenso von schwarzer, weißer und farbiger „Henneberg- Seide“ für Blousen und Roben, von 75 Pfg. bis Mk. 18.65 p. Met. — Eigene Fabrik auf deutschem Zollgebiet.

Nur acht, wenn direkt von mir bezogen!

G. Henneberg, Seiden-Fabrikant, Zürich.

Abnigl. und Kaiserl. Hoflieferant.

